Nummer 4 Berlin, den 15. Februar 1924 36. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O 27, Magazinstraße 6/7 II (Postscheckkonto 5386), zu richten. — Bezug nur durch die Post. Grundpreis monatlich 2 Mk. mal Schlüsselzahl. Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgespaltene Zeile.

Inhalt: Betriebsrätewahlen in der Textilindustrie. — „Revolutionäre" Zauberlehrlinge. — Die sozialpolitische Reaktion. — Wirtschaftskrise und Textilarbeitergewerkschaften. — Aus der Textilarbeiterbewegung. — Gaukonferenz für den Gau Bayern. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Betriebsrätewahlen in der Textilindustrie.

Im März läuft das Mandat der im vorigen Jahr gewählten Betriebsräte und Betriebsobleute ab. Es haben demzufolge im Monat März nach § 18 Abs. 1 des BRG. Neuwahlen stattzufinden, da die Betriebsräte und Betriebsobleute immer nur auf die Dauer eines Jahres gewählt werden. Unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts haben die Pflicht, die Vorbereitungen zu den Wahlen zu treffen, damit die Wahlen im Sinne der freien Gewerkschaften entschieden werden. Die Wahlen müssen im Monat März getätigt werden.

Die freien Gewerkschaften befinden sich in einer Sturm- und Drangperiode, wie sie solche noch nie in der Zeit ihres Bestehens erlebt haben. Die Inflation hat die Gewerkschaften zu einer Lohnbewegungsmaschine gemacht und schließlich ihre finanzielle Kampfkraft untergraben. Das Unternehmertum ist zum Offensivkampf gegen die Arbeiterschaft übergegangen, nicht nur um eine Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiterschaft aufzuzwingen, sondern sie fordern ferner noch:

Abbau der Sozialgesetzgebung;
Beseitigung jeglichen Arbeiterschutzes;
Beseitigung des Tarifzwanges;
Lohnabbau und Beseitigung des kollektiven Arbeitsvertrages.

Durch Beseitigung jeglichen wirtschaftlichen und sozialen Schutzes soll der Arbeiterschaft jeder Halt entzogen werden, damit sie sich willenlos dem machtstrebenden und ausbeutungslüsternen Unternehmertum wirtschaftlich und politisch unterwirft.

Unternehmertum und Behörde im Bunde mit der Reichsregierung sind eifrig an der Arbeit um der Arbeiterschaft ihre Rechte zu rauben. Die Rechte der Mitbestimmung der Arbeiterschaft in Fabrik und Werkstatt, soweit dieselben im Rahmen des BRG. festgelegt sind, sollen beseitigt werden, damit die Ausbeutung der Arbeiterschaft in hemmungsloser Weise vor sich gehen kann. Die Arbeiterschaft befindet sich in den schwersten Abwehrkämpfen. Im Zeichen dieses Kampfes müssen die Betriebsrätewahlen vollzogen werden. Die Zeit ist nicht günstig. Es ist leichter den Kampf zu führen in einer Zeit der Siege und des unaufhaltsamen Vorwärtsstürmens. Aber schöner ist der Sieg in einem Kampfe, wo die Gefahren über uns zusammenzuschlagen drohen. In Gefahr und Bedrängnis erst zeigt sich der Mann. Die Kollegen und Kolleginnen des Deutschen Textilarbeiterverbandes müssen bei diesen Wahlen zeigen, daß sie auf dem Posten sind und treu zu ihrer Gewerkschaft stehen.

Leider ist die Arbeiterschaft in der Verteidigung ihrer Rechte nicht einig. Ihre Kampffront ist gespalten. Innerhalb der Reihen der Arbeiterschaft tobt der heftigste Kampf. Dieser Zustand hat dazu beigetragen, daß die Arbeiterschaft so manche eroberte wirtschaftliche und politische Position wieder räumen mußte. Bei allen diesen Kämpfen hat der Arbeiterschaft der Kampf in den eigenen Reihen am meisten geschadet. Die Betriebsrätewahlen werden unter dem Druck dieser Kämpfe geführt werden müssen. Sie gewinnen dadurch ungeheuer an Bedeutung. Sie werden zum leuchtenden Fanal des wirtschaftlichen und politischen Willensausdruckes der Arbeiterschaft, nicht nur gegenüber den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse, dem Unternehmertum, sondern auch gleichzeitig gegenüber denjenigen, die glauben, die Gewerkschaften in der übelsten Weise bekämpfen zu müssen.

Durch die Betriebsrätewahlen müssen wir zum Ausdruck bringen, daß die Textilarbeiterschaft Deutschlands im Rahmen des Deutschen Textilarbeiterverbandes noch die alte geschlossene festgefügte Kampffront bildet, die noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, die Anschläge des Unternehmertums auf die Rechte der Arbeiterschaft abzuwehren und den Kampf um die Erweiterung der Rechte der Textilarbeiterschaft zu führen imstande ist.

Die Wahlparole für die Neuwahlen der Betriebsräte im März 1924 muß lauten:

Für die Einigkeit und Kräftigung der freien Gewerkschaften und des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

Durch die Wahlen muß zum Ausdruck gebracht werden, daß als Interessenvertretung der Textilarbeiterschaft Deutschlands nur der Deutsche Textilarbeiterverband in Frage kommt, und daß die Konkurrenzorganisationen kaum in Betracht kommen. Wir müssen es deshalb von vornherein ablehnen, mit den Christen, Hirschen oder Unionisten uns auf Bündnisse oder Kompromisse in der Kandidatenaufstellung uns einzulassen.

Die Kommunisten werden wohl ihre eigenen Wege gehen und den Verbandslisten eigene Listen entgegen stellen. Die Kommunisten wollen durch die Eroberung der Betriebsräte sich eine Machtposition schaffen, durch welche sie das einheitliche Gefüge der Gewerkschaften um so leichter untergraben können. Die kommunistischen Betriebsräte sollen einen Teil des kommunistischen Parteiapparates darstellen zur Unterminierung der Gewerkschaften. Die Interessenvertretung der Arbeiterschaft im Rahmen des Betriebsrätegesetzes kommt für sie erst in zweiter Linie in Betracht.

Dort wo die Kommunisten entgegen den Verbandslisten eigene Listen aufstellen, muß der schärfste Kampf gegen sie seitens der Kollegen, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen, geführt werden. Hier kann es ebenfalls keine Kompromisse geben.

Bei der Kandidatenaufstellung ist erforderlich, daß man sich über die Personen des Vertrauens genau informiert. Es muß Voraussetzung sein, daß nur Kollegen und Kolleginnen auf die Wahllisten gesetzt werden, die die allgemeinen gewerkschaftlichen Grundsätze und Verbandsbeschlüsse anerkennen und in derem Sinne wirken. Es muß ferner entscheidend sein: **die Kenntnis der Arbeiterbewegung, Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die nüchterne Abwägung der in einer Situation geeigneten Mittel.**

Die praktische Betätigung der Betriebsräte hat wiederholt gezeigt, daß nicht immer diejenigen, die das große Wort führen und sich besonders radikal gebärden, die Interessen der Arbeiter am besten zu wahren imstande waren. Im Gegenteil, sie waren oft nur „radikal" in ihrem Auftreten der Arbeiterschaft gegenüber, während sie sich gegenüber den Unternehmern devot und unterwürfig zeigten und die Rechte der Arbeiterschaft ohne weiteres preisgaben. Es kommt also darauf an, Kollegen und Kolleginnen als Betriebsräte aufzustellen, die die Gewähr dafür bieten, daß sie im Rahmen der gewerkschaftlichen Grundsätze die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren verstehen.

Zur Vorbereitung der Wahlen der Betriebsräte und Betriebsobleute ist die Beachtung folgender Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1922 maßgebend:

1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der AfA angeschlossenen Organisation Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB. notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AfA anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen.

Wir hoffen, daß unsere Kollegen im Lande im Sinne dieser Richtlinien wirken und die Wahlen schnellstens vorbereiten. Diejenigen Belegschaften, die keine Betriebsvertretungen wählen, begeben sich ihrer Rechte aus dem Betriebsrätegesetz. Es ist daher Ehrenpflicht aller Textilarbeiter und -arbeiterinnen, Betriebsvertretungen zu wählen.

Nur dadurch, daß die Arbeiterschaft die Betriebsrätewahlen voll zu würdigen versteht, wird der Gedanke der demokratischen Fabrik und Erweiterung der wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft innerhalb der Fabrik und Werkstatt sowie der Gedanke der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und des Grund und Bodens weiter getragen.

Deshalb, Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen:

Auf zu den Betriebsrätewahlen!

Für die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

„Revolutionäre" Zauberlehrlinge.

Eine Generalstreik-Episode, aber keine erbauliche.

Dem Verlauf und Ausgang des letzten großen kriegerischen Zusammenpralls der kapitalistischen Weltmächte folgten revolutionäre Zuckungen in verschiedenen europäischen Staaten. Diese revolutionären Bewegungen haben nirgends das gewünschte Ziel erreicht. Es gibt auch jetzt noch keinen Staat, der Privateigentum an Produktionsmitteln und damit Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzenden nicht mehr kennt. Dieses aber — die Uebernahme der großen Produktionsmittel aus privater Beherrschung in den Besitz und die Verwaltung einer von den schaffenden Massen geleiteten und gestalteten Volksgemeinschaft — ist Krönung einer proletarischen Revolution. Auch die russische Revolution hat diese Krönung nicht erfahren. Unter der politischen Herrschaft der Sowjets blieb das wichtigste dortige Produktionsmittel, der Grund und Boden, im Besitz der Bauern. Und in der industriellen Produktion Sowjet-Rußlands schlägt das internationale Privatkapital längst wieder fröhlich seine saugenden Wurzeln.

Die Ursachen der Stagnation in der deutschen Arbeiterbewegung liegen in unseren außenpolitischen, wirtschaftlichen und parteipolitischen Verhältnissen und sind an dieser Stelle wiederholt erörtert worden. Wer die Schuld an der Erstarkung der gegenrevolutionären Kräfte in Deutschland gemütvoll den „verkalkten, kampfesscheuen Bonzen" zuschiebt, arbeitet mit sehr einfachen Rezepten und setzt bei Anwendung dieser schlichten Methode voraus, daß die deutschen Arbeiter keine Geistesriesen sind. Wer den freigewerkschaftlich organisierten deutschen Proletariern sagt, sie könnten in jeder Lage und zu jedem Zweck das Mittel des Generalstreiks erfolgreich anwenden, mag sich auf seine agitatorischen Muskeln etwas einbilden, — er ist aber doch nur ein armer Nichtswisser oder ein leichtfertiger Demagoge. An solchen Zeitgenossen ist heute kein Mangel. Die ganze kommunistische Gewerkschaftsarbeit erschöpft sich heute in der Propaganda von Generalstreiks und in leidenschaftlicher Bekämpfung der Wissenden, die aus jahrzehntelangen Erfahrungen gelernt haben, daß gewerkschaftliche Massenkämpfe dieser Art nur in ganz bestimmten Situationen möglich sind und Erfolgaussichten haben. Der Herr Stabsarzt hat uns im Kriege immer **Aspirin verordnet. Aspirin gegen Magenschmerzen und Herzkrämpfe, Aspirin auch gegen Plattfußbeschwerden.** Der kommunistische Wunderdoktor empfiehlt gegen alle Nöte in der Arbeiterbewegung sein Aspirin: den Generalstreik.

Die Folgen einer solchen Taktik sind nicht ausgeblieben. Sie bestanden regelmäßig in Niederlagen der Arbeiter. Mit einer bedauerlichen Niederlage der Arbeiter endete jetzt eben wieder eine solche von Kommunisten inszenierte und geleitete Aktion im Industriebezirk von M.-Gladbach, in die auch unsere dortige Kollegenschaft **verwickelt wurde und die deshalb hier untersucht werden soll.**

Die Lage: Der Ruhrkampf hatte in M.-Gladbach das Kesselfeuer zahlloser Textilbetriebe ausgelöscht, von 300 solcher Betriebe waren nur 2 voll beschäftigt. Mindestens 80 Proz. der dortigen Arbeiter war beschäftigungslos. Also: gequälte, hungernde Arbeitermassen, die nach Rettung ausschauen und in ihrer Gemütsstimmung natürlich jenen Leuten am leichtesten zugänglich sind, die ihnen bedenkenlos die größten Versprechungen machen und raschestes günstige Wendung ihres Schicksals in Aussicht stellen. Die kommunistische Agitation setzt in der üblichen Art ein: Die Gewerkschaften werden für das Ruhrdrama mit allen seinen Auswirkungen verantwortlich gemacht. Welche Messiase treten hervor? 1. Becker, ehemaliger KPD.-Angestellter und nunmehriger Beamter der M.-Gladbacher Verwaltungsstelle der Gemeinde- und Staatsangestellten, der zu dieser Stellung kam, obwohl er bei keiner freien Gewerkschaft mehr zahlendes Mitglied war. 2. Der KPD.-Mann Classen, erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in M.-Gladbach, der in dieser „Bonzenstellung" merkwürdigerweise auch mit Wasser kocht und Lohntarife für die von ihm Betreuten abschließt, die mit seinen „revolutionären" Reden in einem gewissen Kontrast stehen. Er liebt es, die Schuld an den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der dortigen Metallarbeiter seinen Vorgängern, **den „verknöcherten Gewerkschaftsbureaukraten"**, zuzuschieben.

Wochenlang, bevor die Aktion stieg, veranstaltete die KPD. im Bezirk allerlei Gewerkschafts- oder Betriebsrätekonferenzen und Kongresse. Einer Vollversammlung der Betriebsräte in M.-Gladbach, in der Classen „Bürgerkrieg in schärfster Form" gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung empfahl, folgte am 3. Januar in Rheinhausen eine wilde Betriebsräte-, Erwerbslosen- und Gewerkschaftsfunktionärkonferenz, die nur einem bestimmten Kreis bekanntgegeben war und an der auch die Syndikalisten teilnahmen. Sie beschloß „für die gesamte Arbeiterschaft Rheinlands und Westfalens" den Generalstreik in schärfster Form mit dem Ziel: „Kampf für den Achtstundentag, Arbeit und Brot für die Befreiung aller politischen Gefangenen". Unterschrieben war der entsprechende Aufruf u. a. von: „Union der Syndikalisten. — Union der Hand- und Kopfarbeiter. — Arbeiterbörse Rheinland und Westfalen. — Revolutionäre Jugend. — Zentralrat der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und Notstandsarbeiter. — Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter." — Zwei Tage später erschien in einer Betriebsräteversammlung in Rheydt eine kommunistische Rednergarnitur mit Classen an der Spitze, hielt die üblichen Brandreden, stellte die Forderung, daß sich diese Versammlung der Parole des wilden Kongresses von Rheinhausen anschließe und setzte einen Beschluß durch, wonach der Ortsausschuß **des ADGB. den Kampf vorzubereiten** habe.

Der Ortsausschuß des ADGB. in M.-Gladbach beschloß nun, die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften zur Stellungnahme aufzufordern. Am 7. Januar erfolgte in einer Sitzung von Gewerkschaftsangestellten und Gewerkschaftsvorständen die Berichterstattung über diese Stellungnahme. Die klügeren und verantwortungsvolleren Gewerkschaftsführer verwiesen auf die für einen Generalstreik überaus schwierige Situation. Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes hatte seine Bereitwilligkeit zur Beteiligung davon abhängig gemacht, daß der Kampf ein allgemeiner sei und von allen Gewerkschaften geführt werde. Der Kommunist Becker berichtete begeistert von einem einstimmigen Streikbeschluß der Funktionäre seiner Mitgliedschaft. Classen war sogar bereit, den geplanten Generalstreik örtlich zu führen, obwohl dieser Mann kurz vorher in Rheydt dargelegt hatte, daß ein örtlicher Generalstreik notwendigerweise erfolglos bleiben müsse. Eine schließlich zum übernächsten Tag beschlossene Betriebsräteversammlung verfiel dem Verbot der Besatzungsbehörden. Die Unruhe wuchs, das Fieber stieg, am selben Abend wurde in einer Sitzung sämtlicher freier Gewerkschaften der Beschluß durchgesetzt, am nächsten Tage den Generalstreik beginnen zu lassen. Und dies, obwohl von 23 Betrieben der Metallindustrie nur ein einziger die Versicherung abgegeben hatte, daß die Belegschaft geschlossen in den Kampf gehen werde! Die Kommunisten hatten ihr Ziel erreicht, ihr Wundermittel kam zur Anwendung, proletarischer Sieg und Triumph konnte nun nicht mehr ausbleiben.

Die Leitung unserer dortigen Textilarbeiterorganisation hatte sich der Massenstimmung gefügt und wollte, da die Aktion einmal beschlossen war, ihr wenigstens die größtmöglichste Geschlossenheit geben.

Es gab eine Zentralstreikleitung und für jede beteiligte Organisation eine besondere Berufsstreikleitung. In der Zentralstreikleitung saß von jeder Organisation ein Angestellter und ein Kollege aus dem Betriebe. Die Kommunisten hatten die unbestrittene Mehrheit.

Der Beginn des Kampfes war der Beginn einer Tragödie. Der Anfang des Generalstreiks war der Anfang seines Zusammenbruchs. Die kommunistisch geführten Staats- und Gemeindearbeiter, von deren einmütigem Streikwillen ihr Angestellter Becker vor Kampfbeginn berichtet hatte, versagten so **vollständig, daß Becker schon am zweiten Kampftag die Zentralstreikleitung kleinlaut bitten mußte, seine Organisation von der Verpflichtung zur Beteiligung am Generalstreik zu befreien, da nur einige Funktionäre der Kampfparole Folge geleistet hätten!** Nicht viel besser war es in den anderen Berufen. Da die christlichen Textilarbeiter sich nur zum Teil, vorübergehend und gegen den Willen ihrer Leitung beteiligten, blieben **mindestens 40 Proz. der** Textilarbeiter dem Kampfe fern. Die Fabrikarbeiter streikten nur in einem einzigen Betrieb. Von den Transportarbeitern beteiligten sich, soweit festgestellt werden konnte, **ganze zwei Mitglieder** der Organisation. Die Zahl der organisierten Bauarbeiter, die in Arbeit standen und sich an der Arbeitsniederlegung beteiligten, war 70. Bei der herrschenden Kälte hätten sie ohnehin nicht viel schaffen können. Diese Arbeitsniederlegung schreckte also das Bauunternehmertum nicht. Von 15 Betrieben der Metallindustrie traten nur sieben in den Streik, von 45 Konfektionsbetrieben gar nur zwei!

Die Schwierigkeiten der Kampfführung waren — wie jeder geschulte Gewerkschafter voraussehen mußte — außerordentlich große. Da die Besatzungsbehörden alle Versammlungen verboten, mußte **die Verbindung zwischen den Streikenden und der Führung** mit

Flugblättern aufrechterhalten werden. Nicht nur Zentralstreikleitung, Berufsstreikleitungen und die Christen, sondern auch allerhand undefinierbare „revolutionäre Körperschaften" gaben Flugblätter heraus. So wurden von einer unbekannten „Exekutive der Roten Gesellen" den Ausständigen diese weisen Ratschläge gegeben:

Schlagt die Kapitalistenbrut nieder! Verprügelt die Werksdirektoren! Sucht sie in ihren Villen auf! Holt Euch die Schinken und Würste aus ihren Speisekammern. Klärt die Polizeibeamten auf. Schlagen sie — schlagt zweimal wieder. Seid zu allem bereit — handelt!

Die Lage wurde damit nicht klarer. Die Beratungen in der Zentralstreikleitung sind ein Kapitel für sich, allerdings kein heiteres. Von den sechs Mitgliedern der Berufsstreikleitung der Textilarbeiter waren fünf Kommunisten, in der Zentralstreikleitung hatten die Kommunisten eine Zweidrittelmehrheit. Ueber Einzelheiten und Qualität der Debatten in der Streikleitung sei nachsichtig der Schleier der Schonung gelegt. Es sei nur festgestellt, daß brauchbare, klare Beschlüsse nicht gefaßt worden sind. Die Berufsstreikleitung schimpfte auf die Untätigkeit der Zentralstreikleitung, die Zentralstreikleitung wiederum vermißte die notwendige Energie bei den Berufsstreikleitungen. Eine Körperschaft schob der anderen die Verantwortung für den schlechten Gang der „Aktion" zu, **kein Mensch wollte jetzt die Verantwortung für sie übernehmen.**

Am sechsten Tage dieses hoffnungslosen Streiks bot der Bürgermeister von M.-Gladbach der Ortsverwaltung des Textilarbeiter-Verbandes seine Vermittlung an. Diese Verhandlungen zogen sich durch Vorschläge und Gegenvorschläge mehrere Tage hin und führten zu keinem Ergebnis. Beteiligt waren daran zwei Kollegen unserer Filialverwaltung mit Wissen und Zustimmung sowohl der Berufs- als auch der Zentralstreikleitung. Uebrigens war um diese Zeit noch weniger als vorher von einem Generalstreik die Rede. Die Aktion lag in den letzten Zügen. Wenn noch etwas gerettet werden konnte, so nur durch Verhandlungen. Die kommunistische Presse aber blies zu diesen Verhandlungen eine stilvolle, wenig einheitsfrontfreudige Begleitmelodie, wovon einige Proben gebracht seien:

„Die Reformisten beim Abwürgen. Wir wissen ja schon lange, daß dieser ausgebrochene Generalstreik den Reformisten ein Dorn im Auge ist und daß sie mit allen Mitteln darangehen, die Arbeiterschaft zu zerschlagen, beweist uns ein neuer **schmutziger Fall.** (Folgt Mitteilung vom Vermittlungsvorschlag des Bürgermeisters.) Die großen Leuchten der Reformisten fielen sofort auf diese Falle hinein. . . . Es leuchtet doch wohl jedem Arbeiter ein, daß die Arbeiterschaft, geschlossen aufmarschiert, jede Offensive der Unternehmer siegreich zurückzuschlagen in der Lage ist. Das wissen auch die Reformisten, und deshalb muß **diese Clique,** die sich, wie es scheint, zum Ziel gesetzt hat, **die Arbeiterschaft . . . den Kapitalisten ans Schlachtmesser zu liefern,** auch in diesem Falle ihr möglichstes tun, um diesem Ziele näherzukommen. . . . Als man ihnen die Erlaubnis gab, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten, konnten sie es nicht länger als zehn Minuten aushalten, bevor sie wieder mit ihren Arbeitsgemeinschaftsbrüdern zusammensaßen. Wir sind **von der VSPD. allerlei schmutzige Verhandlungsresultate** gewöhnt und setzt uns die Verhandlungsgrundlage, die sie dort wieder zutage förderten, nicht in Erstaunen. . . . Dafür also haben die Textilarbeiter gehungert und gekämpft, daß **dieses verräterische Gesindel** . . . ohne auch nur einen Funken von Widerstand zu zeigen, die schmählichen Bedingungen annehmen. Tausende Arbeiter liegen im schwersten Kampfe . . . und da läßt sich **diese Bande** willenlos gebrauchen, um der Arbeiterschaft **den Dolch in den Rücken** zu stoßen. . . . Jagt doch endlich **diese sauberen Führer** zum Teufel und schafft euch **revolutionäre Streikleitungen** (die Streikleitungen in M.-Gladbach hatten überwiegende kommunistische Mehrheit! Red. des „Textilarbeiters"), **die nicht auf Gedeih und Verderb mit dem Kapitalistenpack verbunden** sind . . ."

Wie schon erwähnt, wurden diese hier so **wütend bekämpften** Einigungsverhandlungen gar nicht abgeschlossen.

Inzwischen aber ist der Kampf völlig zusammengebrochen. Am 19. Januar faßte die Zentralstreikleitung auf kommunistischen Antrag den Beschluß, die Berufsstreikleitungen aufzufordern, „zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen und Beschluß zu fassen" Ein Versuch, die unangenehme Bereinigung der Aktion den anderen zu überlassen! In der Berufsstreikleitung unserer Organisation zeigte sich, daß nun auch den kommunistischen Mitgliedern die Lage endlich klar geworden war. Dohmen (KPD.) kritisierte jetzt die Art, wie der Generalstreik (von den Kommunisten) inszeniert worden ist und wendete sich dagegen, daß man jetzt den Berufsstreikleitungen die Verantwortung für den Abbruch übertragen wolle. Man (d. h. die Kommunisten) solle doch kein Versteckspiel treiben und nicht die Arbeitsgemeinschaft kritisieren, wenn man an den Verhandlungstisch kommen wolle. Der Kampf sei verloren, und er schlage vor, bei der Zentralstreikleitung die Beendigung zu beantragen. Anschließend tagte dann die Zentralstreikleitung und beschloß einstimmig: **„Der Generalstreik wird für beendigt erklärt,** für die Metallarbeiter geht der Kampf weiter." (Für die Metallarbeiter soll der Kampf deshalb fortgeführt werden, weil der Metallarbeitgeberverband sich weigert, bei den bevorstehenden Lohnregelungen mit dem kommunistischen Bevollmächtigten Classen zu verhandeln.) —

Die Resultate kommunistisch inszenierter und geleiteter Gewerkschaftskämpfe gleichen einander wie ein Ei dem anderen. So auch der Ausgang dieses Unternehmens: **Zehntausende Arbeiter wurden geschlagen, mehrere hundert Gemaßregelte liegen auf der Straße, der kommunistisch geführte Gemeindearbeiterverband in M.-Gladbach hat die Hälfte seiner Mitglieder verloren und erlebt, daß neben ihm sich eine christliche Organisation bildete; die Gewerkschaften aber müssen jetzt unter schwierigeren Umständen als vorher dem Unternehmertum gegenüber die Sache der Arbeiter vertreten.**

Mit hirnlosen Krafthubereien ist kein Arbeiterheer gegen einen gerüsteten Feind zu führen. Mit kommunistischen Parolen im Gewerkschaftsleben erblühen Siege — nur dem Unternehmertum. Gewerkschafter **allerorts lernt, ihr seid hundertmal gewarnt!**

Die sozialpolitische Reaktion.

Man übertreibt nicht, wenn man geradezu von einer Katastrophe der Sozialpolitik spricht. Was in fünfzig Jahren schweren sozialpolitischen Ringens erworben worden ist, steht in Gefahr, von einem brutalen, machttrunkenen Unternehmertum und einer Regierung, die nichts mehr als fügsamer geschäftsführender Ausschuß dieses Unternehmertums ist, mit ein paar Federstrichen beseitigt zu werden. Die hohe sittliche Auffassung des Sozialismus, daß der Mensch nicht nur Arbeitstier, sondern auch eine freie Persönlichkeit ist, die ein Recht auf menschenwürdiges Dasein hat, diese Auffassung verliert in Deutschland mehr und mehr an Boden. Diese Auffassung ist die Grundlage aller fruchtbaren Sozialpolitik. Sicherlich verursacht jede Art von Sozialpolitik mannigfache Kosten. Da aber diese Kosten dazu dienen, die Gesundheit, die Arbeitskraft, die seelische Widerstandskraft und geistige Leistungsfähigkeit der breiten Masse zu schützen und zu pflegen, handelt es sich in wahrstem Sinne des Wortes um produktive Ausgaben. Gerade das bestreiten die Unternehmer. Sie setzen dem sozialen Standpunkt den beschränkt wirtschaftlichen entgegen und behaupten, daß sich Deutschland eine großzügige Sozialpolitik nicht mehr leisten könne. Sie wollen Anstalten treffen, um recht gründlich alle Reparations- und Steuerlasten auf die Arbeiterschaft abwälzen zu können. Voller Erfolg wird ihnen jedoch nur dann zuteil, wenn ihnen die Arbeiterschaft als eine wehrlose und zersplitterte Masse gegenübersteht. Daher erstrebt das Unternehmertum seit langem **die wirtschaftliche und politische Wehrlosmachung der Arbeiterschaft.** Alle Mittel sind ihm recht, um dieses Ziel zu erreichen.

Nachdem der Achtstundentag unter tätiger Mithilfe der Reichsregierung praktisch beseitigt ist, bereitet das Unternehmertum weitere sozialpolitische Vorstöße und Angriffe vor. Der Tarifvertragszwang wird von den Arbeitgebern als lästige Beengung empfunden. Durch die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung werden die Gewerkschaften noch immer als ein gewichtiger Machtfaktor anerkannt, mit dem verhandelt werden muß. Das behagt dem Unternehmertum nicht. Es möchte dem einzelnen, isolierten, ohnmächtigen Arbeiter gegenüberstehen; in diesem Falle käme das wirtschaftliche Uebergewicht des Arbeitgebers zu unbeeinträchtigter Auswirkung. Was will der vereinzelte Arbeiter, der arme bedauernswerte Teufel, dem Industriegewaltigen entgegenhalten? Er hat, wenn er nicht verhungern will, jede Bedingung zu schlucken, die ihm vorgelegt wird. Lehnt er sie ab, so liegt er auf der Straße und ein anderer aus den Reihen der „Reservearmee" springt für ihn ein. Alles Verhandeln geschieht nach dem Grundsatz: „do ut des" — gib, wenn du haben willst, daß ich dir etwas geben soll! Nur dann wird das Verhandlungsergebnis vom Geiste der Verständigung und gegenseitigen Rücksichtnahme erfüllt sein, wenn die Verhandlungsparteien annähernd gleichstark sind. Wo ein einseitiges Uebergewicht besteht, kommt nur eine sogenannte „societas leonina", d. h. ein Löwenvertrag zustande, bei dem der eine Teil sich alle Vorteile sichert, während dem anderen, schwächeren Teil alle Nachteile aufgebürdet werden.

Es ist selbstverständlich, daß das Unternehmertum seine Endabsichten nicht vorzeitig enthüllt. Seinen Kampf gegen den Tarifvertrag begründet es mit heuchlerischen, idealistisch sich gebenden Vorwänden. Es komme ihm, so sagt es, darauf an, den Freiheitsanspruch des Arbeiters zu befriedigen. Durch den Tarifvertrag werden die Regelungen über den Kopf des einzelnen Arbeiters hinweg getroffen. Die besonderen Wünsche des Arbeiters können nur bei individueller Vereinbarung berücksichtigt werden. Diese Bewegführung ist nicht neu; sie ist besonders in früheren Jahrzehnten immer wieder vorgebracht worden. Auch Bismarck eignete sie sich an; so lehnte er z. B. die Arbeiterschutzgesetzgebung ab, weil sie „das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Arbeiters einschränke". Man müsse etwa jedem Arbeiter das Recht zugestehen, sein Kind an Sonntagen oder zur Nachtzeit in den Betrieb zu schicken; verbiete man dies, dann versündige man sich an der Freiheit des Arbeiters. Schon der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Schweitzer, bekämpfte diese gleisnerische Besorgnis um die „Freiheit des Arbeiters". Er widerlegte bereits in seiner großen Reichstagsrede zur Gewerbeordnung im Frühjahr 1869 die „Scheinfreiheitsargumente" und forderte Fabrikinspektoren. Etwas später kennzeichnete er den Kern der Arbeiterschutzgesetzgebung ganz richtig als die Herstellung der wahren Freiheit durch scheinbaren Zwang. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist kein Zwang gegen die Freiheit, sondern nur ein Zwang gegen den Zwang.

Jedenfalls hat auch heute die Arbeiterschaft tausend Gründe, Vorsicht zu üben, wo das Unternehmertum sich zur Verteidigung der Freiheit des Arbeiters aufwirft. In seinem Bemühen, jede Schutzmaßnahme, die der Arbeiterschaft zugute kommt, zu vertilgen, schreckt das Unternehmertum angesichts der schwachen Autorität der Reichsregierung auch nicht vor offenkundigen Gesetzesverletzungen zurück. Bekannt ist das vertrauliche Rundschreiben niederschlesischer Metallindustrieller. Darin werden die Arbeitgeber, wie die „Frankfurter Zeitung" erzählt, aufgefordert, ihre Aemter als Beisitzer in den Schlichtungsausschüssen niederzulegen. Werden sie trotzdem zu Sitzungen geladen, so sollen sie durch schriftliche Mitteilung die Mitarbeit verweigern. Folgen Strafandrohungen, so wird den Beisitzern zwar die Wahrnehmung des Termins erlaubt, sie dürfen aber in keiner Weise wohlwollend in die Beratung eingreifen und an dem Zustandekommen von Schiedssprüchen mitwirken. Soweit die Mitglieder des Verbandes bei Gesamtstreitigkeiten als Partei geladen werden, wird gleichfalls Fernbleiben empfohlen; wird dennoch in Abwesenheit der Arbeitgeber ein Schiedsspruch gefällt, so ist er abzulehnen und bei Verbindlichkeitserklärung nicht durchzuführen. Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau in Halle will sogar gegen Beauftragte der Schlichtungsstellen, die zur Ermittelung etwaiger Fragen die Werke betreten Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erheben. Die Schlichtungsstellen sollen also lahmgelegt, Schiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen verhindert werden.

Um ja in diesem Vernichtungskampfe gegen die Arbeiterschaft den Sieg zu erringen, soll der Arbeiterschaft auch der letzte Rückhalt geraubt werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Herrn Stinnes, brachte jüngst einen scharfen Artikel dagegen, daß Ausgesperrte oder Streikende mit den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden. Auch wenn die Arbeitgeberschaft mit ihrer Machtüberlegenheit Mißbrauch treibt — wie es etwa in Crimmitschau 1903 geschah — um die Arbeiterschaft unter ungerechte, sozial unerträgliche Arbeitsbedingungen zu zwingen, sollen die Arbeiter, die sich zu sittlich berechtigter Abwehr entschließen, sowie ihre Frauen und Kinder dem Hungertod preisgegeben werden, wenn sie sich dem moralisch anfechtbaren Unternehmerdiktat nicht unterwerfen.

Es leuchtet ein, daß insbesondere die Gewerkschaften, die bisher noch den zügellosesten Ausschreitungen des Unternehmermachtrausches Einhalt geboten haben, zugrunde gerichtet werden sollen. Helfe dabei, was helfen mag; auch Verleumdungen und Ehrabschneidereien sind dem Unternehmertum erlaubte Waffen. Plötzlich will die „DAZ." eine „Korruption der Gewerkschaften" entdeckt haben. Die Gewerkschaften litten wie der gesamte anständige Teil des deutschen Volkes — im Gegensatz zu der deutschen Schwerindustrie — furchtbar unter der Inflation. Angestellte mußten auf Kurzarbeit gesetzt werden, weil Stinnes das deutsche Volk ausplünderte. Da die Gewerkschaftsangestellten zahlende Mitglieder der Erwerbslosenfürsorge sind, wurden sie zur Kurzarbeiterunterstützung angemeldet. Eine ganz klare und reinliche Angelegenheit. Von „Korruption" keine Spur. Die ungerechtfertigten Beschuldigungen der Gewerkschaften zeigen nur das ganze Ausmaß der Skrupellosigkeit, mit der die Industrie der Arbeiterschaft die letzten Machtpositionen zu rauben sucht.

Bei den letzten Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf wurden bereits schwere Bedenken gegen den sozialen Rückschritt der deutschen Sozialpolitik geäußert. Macdonald prägte das treffende Wort von der „Tyrannei Stinnes". Es ist nötig, daß die Arbeiterschaft sich wieder sammelt und in Anlehnung an alle Schichten des deutschen Volkes, die noch soziales Empfinden besitzen, dem Wüten der Industrie Einhalt gebietet und dem verhängnisvollen Zerstörungswerk, das die Industrie gegen unsere sozialpolitischen Einrichtungen in Gang gebracht hat, ein Ende setzt. Glück und Gesundheit vieler Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder hängen davon ab, daß der Uebermut und der **Herrenwahnwitz deutscher Unternehmer in Banden gelegt werden.**

Wirtschaftskrise und Textilarbeitergewerkschaften.

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaftsrichtung lieben es, die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf ihre eigenen Verbände zu verschweigen und statt dessen von einer Krise in den freien Gewerkschaften zu sprechen. Die Schwankungen der Mitgliederziffern nehmen sie zum Anlaß, zu behaupten, besonders die freiorganisierten Gewerkschaftsmitglieder seien mit ihrer Führung unzufrieden und litten an Gewerkschaftsmüdigkeit und -verdrossenheit. Die Enttäuschung der Arbeiter bei wirtschaftlichen Rückschlägen sei in den freien Verbänden infolge ihrer materialistischen Einstellung besonders groß. Auch die christliche „Textilarbeiter-Zeitung" konnte es sich **nicht versagen, diese Gedankengänge als die ihrigen zu bezeichnen.**

Es läßt sich jedoch leicht feststellen, daß die gemäßigten Gewerkschaftsrichtungen von den Wirkungen wirtschaftlicher Krisen durchaus nicht verschont bleiben, daß also Rückschläge in der Mitgliederbewegung in erster Linie durch ganz natürliche Ursachen ausgelöst werden. Die Mitgliederzahlen aller Verbände ergeben, für kürzere Zeitspannen betrachtet, ein ungefähres Spiegelbild des Auf und Ab im Wirtschaftsleben.

Die Statistik über die Arbeitslosigkeit in den Arbeiterfachverbänden, veröffentlicht im „Reichsarbeitsblatt", weist aus, daß die Mitgliederzahlen des christlichen und des Hirsch-Dunckerschen Textilarbeiterverbandes in der letzten Zeit von Monat zu Monat gesunken sind, und zwar in nahezu demselben Prozentverhältnis, wie es im Deutschen Textilarbeiterverband der Fall war. Die folgenden Ziffern veranschaulichen dies deutlich:

	Deutscher Textilarbeiterverband	Christlicher Textilarb.-V.	Hirsch-D. T.-A.-V.
Mitgliederstand September 1922	738 000	145 000	10 000
Proz. der org. Textilarbeiter	82,6	16,2	1,1
Mitgliederstand Dezember 1923	608 000	123 000	8 000
Proz. der org. Textilarbeiter	82,3	16,6	1,1

Obwohl in den letzten Fünfvierteljahren die Gesamtzahl der organisierten Textilarbeiter um etwa 150 000 zurückgegangen ist, hat sich das Stärkeverhältnis der Organisationen zueinander so gut wie nicht geändert. Der christliche und der Hirsch-Dunckersche Verband haben also unter den ungünstigsten Wirtschaftsverhältnissen genau so gelitten wie der unsrige.

Man darf bei solchen Betrachtungen, wie sie die Führer christlicher Richtung anstellen, die große Linie nicht aus dem Auge lassen. Welchen Weg die Textilarbeiterschaft geht, zeigt sich erst, wenn man Vergleiche über mehrere Jahre hinweg anstellt. Da ergibt sich folgendes:

	Deutscher Textilarbeiterverband	Christlicher Textilarb.-V.	Hirsch-D. T.-A.-V.
Mitgliederstand Juni 1914	133 000	36 000	6 000
Proz. der org. Textilarbeiter	76,0	20,6	3,4
Mitgliederstand Dezember 1923	608 000	123 000	8 000
Proz. der org. Textilarbeiter	82,3	16,6	1,1
Zunahme absolut	475 000	87 000	2 000
Zunahme in Prozenten	357	242	33

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes hat die der anderen Textilarbeitergewerkschaften in jeder Richtung weit hinter sich gelassen. Kein Wunder! Gibt doch die bürgerliche Gewerkschaftsbewegung den Arbeitern trotz aller schönen Reden nur Steine statt Brot, denn sie hat grundsätzlich nichts gegen eine Wirtschaftsordnung, in der dem Arbeiter systematisch und dauernd ein Teil des Ertrages seiner Arbeitskraft vorenthalten wird. Der Klassenkampfgedanke ist nicht die Schwäche, sondern die Stärke der freien Gewerkschaftsbewegung. Daran ändert ein gelegentlicher Rückschlag nichts, auch nicht das Gerede unserer Gegner.

Aus der Textilarbeiterbewegung.

Strumpfwirker, seid vorsichtig bei Annahme ausländischer Engagements! Die Strumpffabrik „Spezial" in Göteborg, Tranered (Schweden) ist zahlungsunfähig. Die Arbeiterschaft hat schon wochenlang keinen Lohn erhalten. Ein deutscher Kollege aus Neukirchen im Erzgeb., der mit seiner fünfköpfigen erwachsenen Familie dort arbeitet, hat zusammen 664 Kronen rückständigen Lohn zu erhalten, zu dessen Zahlung die Firma unfähig ist. Da anzunehmen ist — weil sich die Arbeiterschaft dieser Firma anderwärts Arbeit suchen müßte —, daß die Firma versucht, **deutsche Arbeiter nach Schweden zu locken, so bitten wir die Kollegen, dies zu beachten.**

Gaukonferenz für den Gau Bayern.

Mit Genehmigung des Zentralvorstandes findet am Sonntag, den 9. März 1924, in Nürnberg die Gaukonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Gauleitung.
2. Wahl des Gauleiters und des Gausitzes.
3. Beratung eventl. gestellter Anträge und Beschlußfassung.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach den Bestimmungen des Statuts. Die Wahlbezirke sowie die Zahl der den einzelnen Filialen zustehenden Vertreter werden durch den Gauvorstand noch bekanntgegeben.

Die Delegationskosten sind nach § 15 Ziffer 9 von den Filialen selbst zu tragen.

Für kleinere Filialen kommt bei besonderen Gründen § 15 Ziffer 14 in Betracht.

Anträge sind bis 3. März dem Gauvorstand einzusenden. Das Tagungslokal wird den Filialen rechtzeitig mitgeteilt werden. Für die Gauleitung: Karl Schönleben.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Die Adresse des Verbandsausschusses lautet:

Otto Schmidt, Gera-R., Debschwitzer Str. 6 II.

Gauleiter gesucht.

Für den Gau Augsburg wird ein tüchtiger, energischer Kollege als Gauleiter gesucht. In Frage kommen nur erfahrene, mit dem Organisationsleben aufs beste vertraute, ältere Geschäftsführer oder Gausekretäre.

Bewerbungen sind bis spätestens den 3. März an den Verbandsvorstand einzureichen. Die Bewerbungsschreiben müssen mit dem Kennwort „Bewerbung" versehen sein.

Der Vorstand.

Nur für unsere Mitglieder!

Die Frau und der Sozialismus

von August Bebel.

Ganzleinen gebunden mit Goldaufdruck, anstatt 6,— für 3,— Mk.

Sittenbilder, französische Revolution von J. Schikowski.

Gebunden mit Titelblatt für 75,— Mk. Verpackung und Porto frei. Versand nur gegen Nachnahme. — Nachnahmegebühr 10 Pfennig.

Deutscher Textilarbeiter-Verband (Abt. Bücherversand).

Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II.

Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie. Erwerbsarbeit, Schwangerschaft, Frauenleid. Statistische Erhebungen über die soziale und wirtschaftliche Lage sowie die Familienverhältnisse der in der deutschen Textilindustrie beschäftigten verheirateten und verheiratet gewesenen Frauen. Für Mitglieder 20, für Nichtmitglieder 30 Goldpfennig. Verlag: Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin O 27, Magazinstr. 6/7. Abteilung Bücherversand

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6–7. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreßel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.